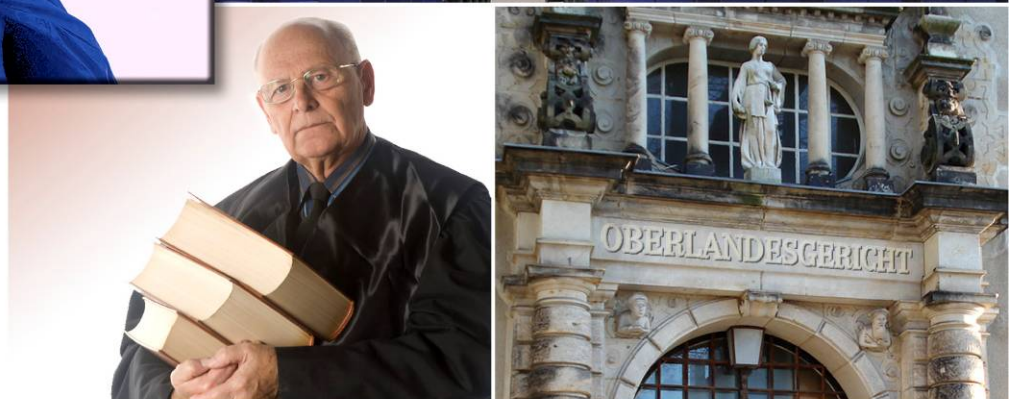
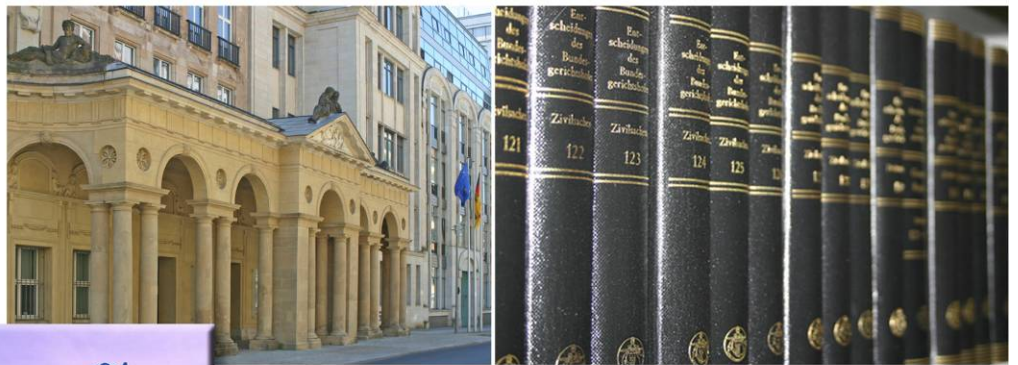


INFORECHT

Aktuelles aus dem Wirtschaftsrecht



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: Deutscher Industrie- und Handelskammertag | 11052 Berlin

Besucheranschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2706 | Fax 030-20308-2777

Redaktion: Annette Karstedt-Meierrieks | E-Mail: kascheike.ludmilla@dihk.de | Internet: www.dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles	2
Zugriff der USA auf Kontobewegungen	2
Ergebnisse des Treffens mit der BNetzA zu Telefonwerbung	2
Nebenklagebefugnis für gewerbliche Schutzrechte bleibt	2
Zahlungsinstitute – Zulassung und Rechnungslegung	2
Verbrauchervertragsrichtlinie	2
Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in der Informationstechnik tritt in Kraft.....	3
Arbeitsschutz, Referentenentwurf.....	3
Änderungen des Corporate Governance Kodex im eBundesanzeiger	3
Änderungen IFRS im Amtsblatt der EU	3
Produktsicherheit, Neue Internetplattform der BAuA.....	4
Gendiagnostikgesetz verkündet	4
ePa-Gesetz verkündet	4
Kostenerleichterungen bei der Offenlegung – Neuregelungen treten am 01.10.2009 in Kraft.....	4
Die EU-Kommission konsultiert Datenschutz online.....	4
Änderungsgesetze zum BDSG verkündet.....	4
Bundesanzeiger-Verlag senkt Entgelte für Offenlegung der Jahres- und Konzernabschlüsse	4
OLG Düsseldorf: GmbH mit Geschäftsführer aus dem EU-Ausland eintragungsfähig	5
Neues Online-Norm-Entwurfportal.....	5
EuGH-Urteil zum Wertersatz im Fernabsatz.....	5
Referentenentwurf für eine Dritte Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung	5
BVerfG zum Ordnungsgeld bei Nichtoffenlegung der Jahres- und Konzernabschlüsse	5
Europäische Kommission will Anlagerschutz verbessern	5
Aktuelle Steuerinformationen.....	5
Zum Schluss.....	5
Ökodesign: Informationsbroschüre zum Glühlampenverbot.....	5

Aktuelles

■ Zugriff der USA auf Kontobewegungen

Im Zuge der Terrorismusbekämpfung haben die USA bisher den weltweiten Verkehr zu Kontendaten umfassend über den Rechner in Virginia mitlesen können. Die Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) wickelt die internationalen Überweisungen von 8300 Geldinstituten in 200 Ländern ab. Nun soll ein Rechenzentrum in der Schweiz den gesamten innereuropäischen Finanzverkehr abwickeln, ohne dass die USA darauf automatisch Zugriff haben. Die EU-Kommission beabsichtigt jedoch, ein entsprechendes Abkommen mit den USA zu schließen. Hiergegen wehren sich nicht nur die Datenschützer. Aus Unternehmersicht wird die Gefahr der Wirtschaftsspionage gesehen, weil über die Nachverfolgung der Überweisungen u. a. auch Geschäftsbeziehungen erkannt werden können.

■ Ergebnisse des Treffens mit der BNetzA zu Telefonwerbung

Seit dem 04.08.2009 ist das Gesetz zur Bekämpfung unlauterer Telefonwerbung in Kraft. Die BNetzA erhielt hierdurch die neue Zuständigkeit als Bußgeldbehörde für Verstöße gegen § 7 UWG im Verhältnis B2C sowie für Verstöße gegen das Verbot der Rufnummernunterdrückung.

Kurz nach dem Inkrafttreten fand ein Treffen von IHKs mit der Bundesnetzagentur in Bonn statt. Inhaltlich ging es vor allem um die Punkte Ablauf des Bußgeldverfahrens, Anforderungen an die Einwilligung und an die Rufnummernoffenlegung.

Das neue Gesetz hat bereits zu einer erheblichen Zahl sowohl von Beschwerden gegen Telefonwerbung als auch von Anfragen von Unternehmen geführt, die wissen wollen, was sie nun genau tun müssen, um sich rechtskonform zu verhalten. Die BNetzA berichtet von ca. 3200 Anrufen und bereits 250 vollständig ausgefüllten Beschwerde-Formblättern. Sie betont, dass man mit Augenmaß

an die Verfolgung herangehen wolle und angesichts der Masse der Beschwerden ohnehin dazu gezwungen sei, Prioritäten zu setzen. Im Internet stehen auf der Seite www.bundesnetzagentur.de zahlreiche Informationen speziell auch für Unternehmer zur Verfügung

(http://www.bundesnetzagentur.de/enid/50c5db06818dd6266f927750b8c5e576,0/Verbraucher/Rufnummernmissbrauch_-_Spam_-_Unerlaubte_Telefonwerbung_xy.html).

■ Nebenklagebefugnis für gewerbliche Schutzrechte bleibt

Der DIHK hat sich u. a. für den Erhalt der Nebenklagebefugnis im Strafverfahren für Inhaber gewerblicher Schutzrechte eingesetzt. Diese sollte durch das 2. Opferrechtsreformgesetz abgeschafft werden, was erfolgreich verhindert werden konnte. Das neue Opferrechtsreformgesetz wird am 01.10.2009 in Kraft treten.

■ Zahlungsinstitute – Zulassung und Rechnungslegung

Das Gesetz über die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten (Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz – ZAG) wurde im Bundesgesetzblatt vom 26.06.2009, Seite 1506 ff. veröffentlicht und setzt die Richtlinie 2007/64/EG vom 13.11.2007 (EU-ABI. L 319 v. 05.12.2007) um.

■ Verbrauchervertragsrichtlinie

In der momentan im EU-Rat geführten Diskussion um die sog. Verbrauchervertragsrichtlinie, mit der verschiedene EU-Verbraucherrichtlinien zusammengefasst und vollharmonisiert werden sollen, zeichnet sich eine gravierende Verschiebung des Verbraucherschutzniveaus zu Lasten der Unternehmen ab. Insbesondere im Gewährleistungsrecht drohen erhebliche Verschärfungen. Diskutiert wird u. a. die Aufgabe die Hierarchie der Gewährleistungsrechte. Der Käufer müsste dann nicht zunächst Nacherfüllung verlangen, sondern könnte

bei einem Mangel unmittelbar vom Vertrag zurücktreten. Nach einem von der schwedischen Ratspräsidenschaft vorgelegten Zwischenbericht soll dies jedenfalls innerhalb der ersten 15 Tage nach Übergabe möglich sein. Der Gleiche Bericht sieht weiter eine Ausdehnung der Gewährleistungsfrist für bestimmte Fälle auf 10 Jahre vor. Auch soll die Zeit innerhalb derer der Verkäufer beweisen muss, dass die Sache fehlerfrei gewesen ist, von derzeit 6 auf 12 Monate

■ Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in der Informationstechnik tritt in Kraft

Das Gesetz ist trotz erheblicher Bedenken sowohl der Bundesländer als auch der IT-Dienstleister verabschiedet und nunmehr im BGBl. I, S. 2821 verkündet worden. Es ist am 20.08.2009 in Kraft getreten, gleichzeitig tritt das BSI-Errichtungsgesetz außer Kraft.

■ Arbeitsschutz, Referentenentwurf

Das BMAS hat den Referentenentwurf und die Begründung einer Artikelverordnung zur Umsetzung der EG-Richtlinie 2006/25/EG zum Schutz der Arbeitnehmer vor Gefährdungen durch künstliche optische Strahlung und zur Änderung von Arbeitsschutzverordnungen vorgelegt.

Die ersten beiden Artikel des Verordnungsentwurfs dienen der Umsetzung der EG-Richtlinie 2006/25/EG. Die EG-Vorgaben wurden im Verordnungsentwurf weitgehend inhaltsgleich übernommen und, soweit erforderlich, dem deutschen Rechts- und Sprachgebrauch angepasst.

Der Verordnungsentwurf wird in Kürze über die Homepage des BMAS (www.bmas.bund.de) der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Soweit Sie zu dem Verordnungsentwurf Stellung nehmen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre Anmerkungen bis Mittwoch, den 23.09.2009

(krauss.sieglinde@dihk.de) zu senden.

■ Änderungen des Corporate Governance Kodex im eBundesanzeiger

Der geänderte Corporate Governance Kodex ist im elektronischen Bundesanzeiger vom 05.08.2009 bekannt gegeben worden (vgl.

<http://www.ebundesanzeiger.de>). Nach § 161 AktG haben börsennotierte Unternehmen in ihrer jährlichen Entsprechenserklärung anzugeben, ob sie den Empfehlungen nachgekommen sind bzw. welchen nicht, und warum sie der jeweiligen Empfehlung nicht entsprechen. Die Änderungen im Kodex beziehen sich auf Selbstbehalte bei D&O-Versicherungen, Vergütungen, Diversity im Aufsichtsrat, Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat, Anzahl der Aufsichtsratsmandate etc.

Unter nachfolgendem Link finden Sie den aktuellen Corporate Governance Kodex, in welchem die vorgenommenen Änderungen markiert sind:

http://www.corporate-governance-co.de/de/ger/download/kodex_2009/D_CorGov_Endfassung_Juni_2009_markiert.pdf

■ Änderungen IFRS im Amtsblatt der EU

Die Verordnung (EG) Nr. 824/2009 der Kommission vom 09.09.2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 betreffend die Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates wurde am 10.09.2009 veröffentlicht. Mit dieser Verordnung werden Änderungen in IAS 39 "Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung" und in IFRS 7 "Finanzinstrumente: Angaben" übernommen.

Die Verordnung ist am 13.09.2009 in Kraft getreten. Link zur Verordnung: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:239:0048:0050:DE:PDF>

■ Produktsicherheit, Neue Internetplattform der BAuA

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) informiert über die Freischaltung einer Internetplattform (www.portal-produktsicherheit.de), auf der Informationen zur Sicherheit von Produkten gebündelt werden sollen.

■ Gendiagnostikgesetz verkündet

Im BGBl. I, S. 2529 wurde das Gesetz veröffentlicht. Es tritt zum 01.02.2010 in Kraft. Gegenstand ist u. a. der Grundsatz eines generellen Verbots genetischer Untersuchungen im Arbeitsverhältnis. Dies gilt sowohl für die Begründung des Beschäftigungsverhältnisses als auch während seiner Dauer.

■ ePa-Gesetz verkündet

Das „Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis sowie zur Änderung weiterer Vorschriften“ wurde im BGBl. I, S. 1346 verkündet und tritt zum 01.11.2010 in Kraft. Bis dahin erprobt das BMI in Kooperation mit 30 ausgewählten Institutionen aus unterschiedlichen Branchen wie Banken, Versicherungen, IT-Dienstleister sowie Behörden. Die Tests starten zum 01.10.2009 und sind bis zum 30.10.2010 geplant. Dabei steht im Vordergrund die Erprobung des elektronischen Identitätsnachweises. Diese finden Sie unter:

http://www.cio.bund.de/cln_102/sid_193E022F5C246210B8FB22DF24D84A16/DE/IT-Projekte/Leuchtturmprojekt_ePA/Anwendungstest_ePA/Anwendungstest_node.html.

■ Kostenerleichterungen bei der Offenlegung – Neuregelungen treten am 01.10.2009 in Kraft

Das Gesetz zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte im

Grundbuchverfahren sowie zur Änderung weiterer grundbuch-, register- und kostenrechtlicher Vorschriften tritt am 01.10.2009 in Kraft. Damit wird das Gebührenverzeichnis der JVKostO geändert und die Forderung des DIHK nach Gebührensenkungen bei der Offenlegung der Jahres- und Konzernabschlüsse erfüllt.

■ Die EU-Kommission konsultiert Datenschutz online

Bis zum 31.12.2009 erbittet Brüssel Antworten zur Datenschutzrichtlinie 95/46/EG. Die Fragen sind leider nur in englischer Version vorhanden. Wir bitten, als IHK zu antworten, aber auch Unternehmen darauf aufmerksam zu machen.

■ Änderungsgesetze zum BDSG verkündet

Sowohl die Regelungen zu Scoring-Verfahren (Auskunfteien) einschließlich der Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, als auch zum Adresshandel sind nunmehr verkündet worden (BGBl. I, S. 2254 und S. 2814). Letztere Änderung ist zum 01.09.2009 in Kraft getreten, die andere folgt zum 01.04.2010. Eine Lesbarkeit des Gesetzes ist momentan kaum gewährleistet. Daher verweisen wir auf die gute, farblich unterschiedlich gestaltete Darstellung bei www.gdd.de. Wann eine offizielle Neufassung des Gesetzes verkündet wird, ist nicht bekannt.

■ Bundesanzeiger-Verlag senkt Entgelte für Offenlegung der Jahres- und Konzernabschlüsse

Der Bundesanzeiger senkt zum 01.10.2009 die Veröffentlichungspreise für Abschlussunterlagen kleiner und mittelgroßer Unternehmen. Das Publikationsentgelt für Jahresabschlüsse kleiner Gesellschaften bei Anlieferung im XML-Format wird von 35 € auf 30 € gesenkt. Das Publikationsentgelt für Jahresabschlüsse mittelgroßer Gesellschaften bei

Anlieferung im XML-Format wird von 55 € auf 48 € gesenkt.

■ **OLG Düsseldorf: GmbH mit Geschäftsführer aus dem EU-Ausland eintragungsfähig**

Das OLG Düsseldorf hat am 16.04.2009 entschieden (AZ I-3 Wx 85/09, FGPrax 2009, 178), dass ein Geschäftsführer mit Staatsangehörigkeit und Wohnsitz eines Nicht-EU-Staates die für die Bestellung zum GmbH-Geschäftsführer erforderlichen persönlichen Voraussetzungen erfüllt. Dementsprechend sah das Gericht eine GmbH mit einem Geschäftsführer aus dem EU-Ausland als eintragungsfähig an.

■ **Neues Online-Norm-Entwurfsportal**

Der neue Online-Service des DIN <http://www.entwuerfe.din> bietet Unternehmen die Möglichkeit, kostenfrei Inhalte von aktuellen Norm-Entwürfen zu lesen und bei Bedarf Änderungs- und Ergänzungsvorschläge abzugeben.

■ **EuGH-Urteil zum Wertersatz im Fernabsatz**

Mit Urteil v. 03.09.2009 (C-489/07) entschied der EuGH, dass die deutsche Regelung, wonach ein Verbraucher allein für die bloße Möglichkeit der Nutzung während der Widerrufsfrist zahlen muss, gegen die Fernabsatzrichtlinie verstößt („Messner-Entscheidung“).

■ **Referentenentwurf für eine Dritte Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung**

Das BMAS hat einen noch nicht innerhalb der Bundesregierung abgestimmten Referentenentwurf für eine Dritte Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung vorgelegt. Der Entwurf enthält

Änderungen hinsichtlich der Definition der qualifizierten Beschäftigung im Ausländerbeschäftigungsrecht und sieht die Entfristung der Regelungen zur Zulassung so genannter ausländischer Konsulatslehrkräfte vor.

■ **BVerfG zum Ordnungsgeld bei Nichtoffenlegung der Jahres- und Konzernabschlüsse**

Das Bundesverfassungsgericht hat (Az: 1 BvR 3413/08, NJW 2009, 2588) entschieden, dass die Festsetzung eines Ordnungsgeldes auch dann gerechtfertigt ist, wenn die Offenlegung der Jahres- und Konzernabschlüsse zwar verspätet, aber noch vor der Festsetzung des Ordnungsgeldes erfolgt ist.

■ **Europäische Kommission will Anlegerschutz verbessern**

Die Europäische Kommission hat am 30.04.2009 in einer Mitteilung die Verbesserung des Anleger-schutzes bei Kleinanlegerprodukten angekündigt. Bis Ende 2009 soll in einem Gesetzesvorschlag Anlegerinformationen und Vertriebspraktiken einheitlich für alle Anlageprodukte geregelt werden. Die bisher geltenden Standards seien so unterschiedlich, dass der Markt für Kleinanlegerprodukte verzerrt werde.

■ **Aktuelle Steuerinformationen**

finden Sie unter:

<http://www.dihk.de/inhalt/themen/rechtundfairplay/steuerrecht/steuerinfo/index.html>

Zum Schluss

■ **Ökodesign: Informationsbroschüre**

zum Glühlampenverbot

Im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie wurde das sogenannte „Glühlampenverbot“ verabschiedet, dessen erste Stufe am 01.09.2009 greift. Eine gemeinsame Broschüre der Fachverbände, Bundesbehörden und des DIHK bietet Informationen über die Inhalte und Auswirkungen der neuen Regelung. Die Herausgeber stellen die Broschüre als PDF-Dokument zur Verfügung (s. www.dihk.de).